

An die  
Energie-Control Austria für die Regulierung der  
Elektrizitäts- und Erdgaswirtschaft (E-Control)  
Rudolfsplatz 13a  
1010 Wien  
per E-Mail an:  
marktregeIn@e-control.at

BKA - V (Verfassungsdienst)  
[verfassungsdienst@bka.gv.at](mailto:verfassungsdienst@bka.gv.at)

**Mag. Andreas Honeder, BSc (WU)**  
Sachbearbeiter

[ANDREAS.HONEDER@BKA.GV.AT](mailto:ANDREAS.HONEDER@BKA.GV.AT)  
+43 1 53 115-203947  
Ballhausplatz 2, 1010 Wien

E-Mail-Antworten sind bitte  
unter Anführung der Geschäftszahl an  
[verfassungsdienst@bka.gv.at](mailto:verfassungsdienst@bka.gv.at) zu richten.

Geschäftszahl: 2021-0.850.361

---

## **Entwurf einer Verordnung des Vorstands der E-Control über die EAG- Kostenbefreiung und Kostendeckelung für Haushalte (EAG- Befreiungsverordnung); Begutachtung; Stellungnahme**

Zu dem obgenannten Verordnungsentwurf nimmt das Bundeskanzleramt-  
Verfassungsdienst wie folgt Stellung:

### **I. Allgemeines**

Zu legistischen Fragen wird allgemein auf die Internet-Adresse  
<https://www.bka.gv.at/agenda/verfassung/legistik.html><sup>1</sup> hingewiesen, unter der  
insbesondere

- die Legistischen Richtlinien 1990<sup>2</sup> (im Folgenden mit „LRL ...“ zitiert),
- die Richtlinien für die Verarbeitung und die Gestaltung von Rechtstexten (Layout-Richtlinien)<sup>3</sup> und
- verschiedene, legistische Fragen betreffende Rundschreiben des Verfassungsdienstes zugänglich sind.

---

<sup>1</sup> Zur Aktivierung von Links (wie diesem) in PDF/A-Dokumenten vgl.  
[https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Link-Aktivierung\\_in\\_PDF/A-Dokumenten](https://www.ag.bka.gv.at/at.gv.bka.wiki-bka/index.php/Link-Aktivierung_in_PDF/A-Dokumenten).

<sup>2</sup> <https://www.bka.gv.at/dam/jcr:f4301575-c575-403b-9300-a7dc01ec1a51/legrl1990.pdf>

<sup>3</sup> [https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout\\_richtlinien.doc](https://www.bka.gv.at/dam/jcr:ede84206-8d48-4ce3-bdc5-c9cbc0f24fb5/layout_richtlinien.doc)

Die Übereinstimmung der im Entwurf vorliegenden Verordnung mit dem Recht der Europäischen Union sowie mit den in Anspruch genommenen gesetzlichen Grundlagen ist vornehmlich von der do. Stelle zu beurteilen.

Insoweit der Entwurf Bestimmungen betreffend die Verarbeitung personenbezogener Daten enthält, wird auf die vornehmliche Zuständigkeit des Bundesministeriums für Justiz für rechtliche Angelegenheiten des Datenschutzes verwiesen.

## **II. Zum Verordnungsentwurf**

### **Zu mehreren Bestimmungen:**

Gemäß LRL 136 ist, wenn einzelne Bestimmungen einer anderen Rechtsvorschrift zitiert werden, vor deren Titel oder Kurztitel (einheitlich) der bestimmte Artikel einzufügen.

### **Zu § 1:**

Gemäß LRL 2 sind Gesetze und Verordnungen grundsätzlich zur Erzeugung von Rechtsnormen bestimmt. Welchen Inhalt die Verordnung hat ergibt sich ohnehin aus den übrigen Bestimmungen der Verordnung, weshalb ein Entfall des insoweit lediglich deklarativen § 1 geprüft werden sollte. Wird der Inhalt des § 1 beibehalten, wird angeregt, den Hauptwortstil („Diese Verordnung enthält nähere Regelungen ...“) etwas abzumildern, zB in die Richtung „Diese Verordnung regelt ...“ (vgl. LRL 15 und 28).

Es wird empfohlen, das EAG in Abs. 1 mit dem Kurztitel, der Abkürzung und der Fundstelle zu zitieren (LRL 131 bis 133; die erstmalige Zitierung in der Promulgationsklausel bleibt dabei außer Betracht, weil sie nicht Teil des eigentlichen Verordnungstexts ist). Aus Gründen der Klarheit sollte die Abkürzung „EAG“ auch nach dem Zitat „§ 72“ angeführt werden.

Der Beistrich am Ende von Abs. 1 Z 2 sollte durch das Wort „und“ ersetzt werden.

### **Zu § 2:**

Die Formulierung „Netzbetreiber haben ... keine Kosten ... zu verrechnen“ erscheint eher ungewöhnlich; es sollte eine üblichere Formulierung für Verbote, zB in die Richtung „dürfen keine Kosten für ... verrechnen“, erwogen werden (vgl. LRL 34).

In Abs. 1 Z 1 lit. a sollte nach dem Zitat „§ 2 Z 1“ der bestimmte Artikel verwendet werden (LRL 136). Bei der Stammfassung der Netzbenutzerkategorien-Verordnung handelt es sich um die derzeit geltende Fassung; der Ausdruck „in der geltenden Fassung,“ könnte daher entfallen. Falls damit ein dynamischer Verweis intendiert ist, hätte es „in der jeweils geltenden Fassung,“ zu lauten (LRL 61). Der Beistrich vor dem Wort „und“ sollte entfallen.

In Abs. 1 Z 1 lit. b sollte geprüft werden, direkt auf die in § 3 Abs. 5 RGG verwiesenen Bestimmungen zu verweisen, um einen Kettenverweis zu vermeiden. Wenn der Verweis als dynamischer Verweis intendiert ist, hätte es „in der jeweils geltenden Fassung,“ zu lauten (auf Rechtsvorschriften einer anderen normsetzenden Autorität sollte jedoch grundsätzlich nicht dynamisch verwiesen werden, vgl. LRL 63).

In Abs. 1 Z 2 lit. a wäre der Hinweis auf die Anlage fett zu formatieren (Layout-Richtlinien Pkt. 2.5.11), der Kurztitel lautet korrekt „Gas-Marktmodell-Verordnung 2012“, die Anlagen dieser Verordnung sind mit arabischen Ziffern nummeriert (wobei die Anlage 1 in drei mit römischen Ziffern nummerierte Untergliederungseinheiten unterteilt ist) und der Beistrich vor dem Wort „und“ sollte entfallen. Zur Wortfolge „in der geltenden Fassung“ siehe oben.

Zu Abs. 1 Z 2 lit. b siehe den Hinweis zu Abs. 1 Z 1 lit. b.

In Abs. 3 Z 4 müsste vor dem Wort „Fernmeldeordnung“ der bestimmte Artikel verwendet werden (LRL 136) und die Fundstelle wäre beim ersten Zitat anzugeben; überdies sollte nach dem Wort „gemäß“ der Ausdruck „§ 72 Abs. 2 EAG in Verbindung mit“ ergänzt werden.

### **Zu § 3:**

In Abs. 4 Z 4 sollte vor dem Wort „Fernmeldeordnung“ der bestimmte Artikel verwendet werden (LRL 136); überdies sollte nach dem Wort „gemäß“ der Ausdruck „§ 72a Abs. 2 EAG in Verbindung mit“ ergänzt werden.

### **Zu § 4:**

Der Inhalt des zweiten Satzes des Abs. 1 wird (in leicht abgewandelter Form) in § 5 Abs. 1 wiederholt. Es wird angeregt, den Entfall einer der beiden Stellen zu prüfen. Da Fremdwörter zu vermeiden sind, wenn ein treffender deutscher Ausdruck zur Verfügung steht (LRL 32), wäre die Formulierung in § 5 Abs. 1 zu bevorzugen (zumal sich sonst auch

die Frage stellen könnte, ob mit dem Begriff „Homepage“ der GIS ein (eingeschränkterer) Inhalt (im Sinne der Hauptseite des Internetauftritts der GIS) beabsichtigt sein soll als mit dem Begriff „Internetseite“).

Da Abs. 2 eine Nachweispflicht des Antragstellers zu regeln scheint, erscheinen die verwiesenen Bestimmungen der Fernmeldegebührenordnung, die auch Rechte der GIS Gebühren Info Service GmbH regeln (siehe etwa § 50 Abs. 4 bis 6 der Fernmeldegebührenordnung), teils unpassend. Der Verweis auf § 51 Abs. 1 der Fernmeldegebührenordnung könnte auf den zweiten Satz eingeschränkt werden, weil die Verwendung des Formulars ohnehin schon in Abs. 1 normiert wird.

Da es sich bei den Entscheidungen der GIS Gebühren Info Service GmbH gemäß Abs. 4 um in einem Verfahren nach dem AVG zu erlassende Bescheide handeln dürfte (siehe die Judikatur des VwGH zu den gemäß den §§ 72 und 72a EAG sinngemäß anwendbaren Bestimmungen der Fernmeldegebührenordnung, etwa VwGH 20.11.2019, Ro 2018/15/0016), erweist sich die Formulierung „schriftlich zu informieren“ als zumindest unklar. Der letzte Satz des Abs. 4 sollte entfallen, da ein dem Standpunkt der Partei nicht vollinhaltlich Rechnung tragender Bescheid ohnehin gemäß § 58 Abs. 2 AVG zu begründen ist und sich dieser Satz, soweit damit eine Abweichung vom AVG normiert werden sollte (etwa bei einer kürzeren Befristung als beantragt), als problematisch erweist.

#### **Zu § 5:**

Es bleibt unklar, in welcher rechtlichen Form die Vorgaben zu machen wären. Wenn es sich bloß um einen Hinweis auf die Verordnungsermächtigung der §§ 72 Abs. 3 und 72a Abs. 3 EAG (inwieweit Vorgaben zu den Formularen darunterfallen, ist vornehmlich von der do. Stelle zu beurteilen) handeln sollte, so wäre dieser entbehrlich. Wenn damit Vorgaben in einer anderen rechtlichen Form normiert werden sollten, wird angeregt, zu prüfen, ob eine derartige Regelung von der Verordnungsermächtigung gedeckt ist.

Da Abs. 3 lediglich die §§ 72 Abs. 7 und 72a Abs. 3 erster Satz EAG wiederholt, sollte ein Entfall dieser Bestimmung geprüft werden.

#### **Zu § 6:**

Die Bedeutung der Wortfolge „abhängig von dem Befreiungszeitraum gemäß der Fernmeldegebührenordnung“ (nach der Wortfolge müsste ein Beistrich ergänzt werden)

in Abs. 1 ist unklar. In den Erläuterungen wird auf „Art und Dauer der Genehmigung der öffentlichen Befreiungs- bzw. Zuschussleistungen“ abgestellt. In der Fernmeldegebührenordnung ist allerdings nur eine Befreiung vorgesehen und angesichts der Antragsbindung scheint es auch nicht ausgeschlossen, dass nur eine EAG-Befreiung (ohne eine Befreiung nach der Fernmeldegebührenordnung) beantragt und genehmigt wird. Eine Anknüpfung an eine bestehende Befreiung scheint (auch angesichts der Begrenzung der Dauer einer Deckelung mit maximal zwei Jahren) daher nur bedingt zweckmäßig. Wenn mit der Wortfolge bloß auf § 52 Abs. 2 zweiter Satz der Fernmeldegebührenordnung hingewiesen werden sollte, wird eine Umformulierung angeregt.

Bei Abs. 2 ist fraglich, ob es sich um eine Bestimmung über den Zeitraum der Befreiung handelt. Allenfalls sollte die Überschrift des § 6 angepasst werden. Es wird überdies eine Umformulierung angeregt, weil angesichts der notwendigen Genehmigung das Abstellen auf die Genehmigungsvoraussetzungen bzw. den Tatbestand zu Unklarheiten führen könnte (es könnte etwa darauf hindeuten, dass die Netzbetreiber trotz erfolgter Genehmigung das Vorliegen dieser Voraussetzungen eigenständig zu prüfen hätten).

Abs. 2 könnte etwa lauten:

(2) Ab dem der Genehmigung folgenden Monatsersten sind Kosten gemäß § 1

1. bei einer Befreiung gemäß § 2 nicht und

2. bei einer Deckelung gemäß § 3 bis zu 75 Euro pro Kalenderjahr

in Rechnung zu stellen. Auf der Abrechnung über die Systemnutzungsentgelte ist auf die Befreiung bzw. Deckelung hinzuweisen.

## **Zu § 7:**

In den Erläuterungen wird der Name und die Adresse der anspruchsberechtigten Person als Mindesterfordernis der Information an die Netzbetreiber genannt, im Verordnungstext ist hingegen nur vom Namen und der Adresse des Netzkunden die Rede. Eine Klarstellung wird angeregt.

In Abs. 1 ist nur eine Information über die Genehmigung einer Befreiung bzw. Deckelung nicht jedoch über den Entzug einer solchen normiert.

Bei den Literae in Abs. 2 Z 1 wäre anstelle des Punktes ein schließendes Klammerzeichen zu setzen („a) das Vorliegen...“, „b) ...). Der Verweis auf den Anhang der WVO 2014 wäre fett zu formatieren (Layout-Richtlinien Pkt. 2.5.11).

Soweit in den Erläuterungen auf die Möglichkeit von weiteren Anordnungen durch die E-Control und eine Übergangslösung hingewiesen wird, ist eine Normierung dieser Punkte im Verordnungstext nicht ersichtlich.

#### **Zu § 8:**

Der in den Erläuterungen erwähnte Vergleich mit den Vorjahren findet im Verordnungstext keinen Niederschlag. Im ersten Satz sollte es „Abwicklung der Befreiung und Deckelung“ lauten. Es sollte geprüft werden, auch auf andere Verfahrenserledigungen (etwa Zurückweisungen) Bedacht zu nehmen. Es wird angeregt, zumindest in den Erläuterungen darzustellen, welche Änderungen von der E-Control verlangt werden können.

#### **Zu § 10:**

Es wird angeregt, den Entfall der ersten beiden Sätze zu prüfen, da es sich dabei lediglich um eine Wiederholung von § 72 Abs. 6 erster und zweiter Satz EAG handelt. Es scheint überdies fraglich, inwieweit der letzte Satz § 72 Abs. 6 letzter Satz EAG entspricht, weil nur ein Beginn für die Erfüllung der Verpflichtung (der überdies nicht mit dem sich aus dem EAG ergebenden Beginn übereinstimmt) aber kein Enddatum, bis zu dem die Verpflichtung vollständig erfüllt sein muss, festgelegt wird.

#### **Zu § 12:**

Da es sich nur um eine Wiederholung der gesetzlichen Bestimmung des § 100 Abs. 7 EAG handelt, sollte ein Entfall geprüft werden. Es ist überdies nicht ersichtlich, inwieweit eine derartige Bestimmung von den herangezogenen Verordnungsermächtigungen gedeckt wäre.

### **III. Zu den Materialien**

#### **Zum Vorblatt:**

Im Unterpunkt „**Inhalt**“ sollte das Wort „sowie“ entfallen.

Im Unterpunkt „**Auswirkungen in konsumentenschutzpolitischer sowie sozialer Hinsicht**“ hätte es „§§ 46 und 49 ÖSG 2012“ zu lauten.

## **Zu den Erläuterungen:**

Die Überschriften „Allgemeiner Teil“ und „Besonderer Teil“ wären zentriert zu formatieren.

Die letzte Änderung des Fernsprechentgeltzuschussgesetzes erfolgte mit BGBl. I Nr. 190/2021.

Bei den Erläuterungen zu § 5 wird versehentlich auf eine „Befreiung nach dem ÖSG“ anstelle einer „Befreiung bzw. Deckelung nach dem EAG“ (siehe den Text des § 5 Abs. 1 des vorliegenden Entwurfs) abgestellt.

Bei den Erläuterungen zu § 6 sollte der zweite Absatz entfallen, weil sich diese Gutschrift nicht aus § 6 ergibt (sondern allenfalls aus den §§ 2 Abs. 2 und 3 Abs. 3).

Bei den Erläuterungen zu § 9 sollte der Hinweis auf den Verlust der Befreiung bzw. Deckelung entfallen, weil sich dieser nicht aus § 9 ergibt.

Bei den Erläuterungen zu § 11 sollte der letzte Satz entfallen, weil kein Zusammenhang mit dem vorgeschlagenen § 11 besteht.

Wien, am 16. Dezember 2021

Für die Bundesministerin für EU und Verfassung:

MMag. Josef Bauer

Elektronisch gefertigt